

NIEDERSCHRIFT JFSKA/013/2008

über die Sitzung **des Jugend-, Familien-, Senioren- und Kulturausschusses der Stadt Billerbeck** am 14.02.2008 im **Kultursaal der Alten Landwirtschaftsschule**.

Vorsitzende:

Frau Gabriele Mönning

Ausschussmitglieder:

Frau Brigitte Mollenhauer Vertretung für Herrn
Bernhard Kortmann

Herr Franz-Josef Schulze
Thier

Frau Birgit Schulze Wierling
Herr Thomas Tauber Vertretung für Herrn
Martin Pfeiffer

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Herr Günther Fehmer Vertretung für Frau
Stephanie Weitkamp

Frau Ursula Kratz Vertretung für Frau
Bernadette Nattler

Herr Karl-Heinz Handwerk
Herr Thomas Walbaum

Sachkundiger Bürger gem. § 58 Abs. 1 Satz 7 GO NW:

Herr Hans-Günther Wilkens Vertretung für Frau
Nicola Ebel

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks
Herr Peter Melzner
Herr Hubertus Messing
Frau Birgit Freickmann Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:10 Uhr

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. **Kinder- und Jugendförderplan für den Kreis Coesfeld**

Herr Fehmer stellt fest, dass es sich bei dem Kinder- und Jugendförder-

plan um ein sehr umfangreiches Pamphlet handelt. Es sei müßig, zwei Modellkommunen auszuwählen, diese näher zu beleuchten und diese dann zum Bestandteil eines Kinder- und Jugendförderplanes zu machen. Interessant sei der Bereich der zukünftigen Ausrichtung der Jugendhilfe im Kreis Coesfeld. Hier werde von einer neuen Betrachtungsweise gesprochen, man möchte auch sozioökonomische Belastungsfaktoren berücksichtigt wissen. Bzgl. der Belastungsfaktoren habe der Kreis ein Nord-Süd-Gefälle ausgemacht. Auch wenn das so sein mag, gefalle ihm nicht, dass in Zukunft die Förderung seitens des Jugendamtes verändert werden soll. Bisher hätten alle Kommunen eine einheitliche Förderung bekommen, gerade auch im Bereich der personellen Besetzung. Die für Billerbeck festgesetzten 2,0 Planstellen seien in der Vergangenheit nicht ausgeschöpft worden. Nun sei eine zusätzliche Stelle für einen Streetworker geschaffen worden, so dass Billerbeck über die 2,0 Stellen hinauskomme. In Zukunft solle die Förderung eine andere sein, weil Gemeinden mit den sogen. Belastungsfaktoren anders berücksichtigt werden. Das würde eindeutig zu Lasten des Nordkreises führen, d. h. Billerbeck müsse in Zukunft zahlen, habe aber gleichzeitig wahrscheinlich einen geringeren Anspruch auf Planstellen und sonstige Ausstattungen. Wenn eine Gemeinde in der Jugendarbeit mehr tun wolle, könne das nicht über die Solidargemeinschaft abgerechnet werden. Diesen Bereich des Jugendhilfeplanes könne er nicht mittragen und nicht nachvollziehen.

Herr Messing erläutert, dass der Kreis an der Grundförderung der entsprechenden Stellen festhalten wolle. In der Vergangenheit seien lediglich 3% der Mittel für Sondermaßnahmen aufgewandt worden. Bzgl. des Sozialstrukturindex und dem Nord-Süd-Gefälle sehe er aber ebenfalls Widersprüche. Sicherergestellt sei aber, dass Billerbeck die 2,0 Stellen behalten werde. Der Kreis beabsichtige die Mittel für Sondermaßnahmen auf 20 – 25% aufzustocken. Die aufgestockten Mittel sollen durch Umschichtungen innerhalb des eigenen Jugendamtsbereiches aufgefangen werden. Sollte es nicht gelingen, die Zielgröße von 20% durch Umschichtungen zu erreichen, werde voraussichtlich über eine Anhebung der Jugendamtsumlage nachgedacht.

Nicht nachvollziehen könne er, dass eine hohe Schülerzahl, z. B. in Havixbeck und Olfen bedarfssteigernd sein soll und diese Orte zusätzliche Gelder für Sondermaßnahmen bekommen sollen, es sei denn die Mittel sollen für die Schulsozialarbeit eingesetzt werden. Unter 6.2.4 des Kinder- und Jugendförderplanes werde ausgeführt, dass insbesondere für Angebote im Rahmen der freizeitorientierten Jugendarbeit eine hohe Schülerdichte bedarfssteigernd wirke. Das erschließe sich für ihn nicht, dies müsste situativ entschieden werden, denn soziale Brennpunkte können sich aktuell ergeben.

Herr Fehmer ist der Meinung, dass der Bereich Schulsozialarbeit schulspezifisch gesehen werden müsse und nicht zu Lasten des Unterrichtes gehen dürfe. Evtl. könnten hierfür ergänzend kapitalisierte Mittel verwandt werden. Andererseits würden in dem Jugendhilfeplan viele Institutionen aufgelistet, die von den Schulen in Anspruch genommen werden sollten und deren know how genutzt werden sollte.

Im Übrigen dürfe die Schülerdichte nicht der Ansatzpunkt für die Vertei-

lung der Mittel sein. Die Schüler seien nur befristet in den Gemeinden bzw. Schulstandorten, nachmittags kehrten sie an ihren Wohnort zurück. Also sollte heute deutlich formuliert werden, dass sich eine hohe Schülerzahl nicht bedarfssteigernd auswirken dürfe und es zu einer gleichberechtigten Verteilung der Investitionen innerhalb des Kreises kommen müsse. Er werde diesbezüglich Kontakt zu seinen Fraktionskollegen der umliegenden Gemeinden aufnehmen, damit sie dieses Anliegen ebenfalls an ihre Kreistagsmitglieder weitergeben.

Wenn Schüler/innen in den Schulen soziale Kontakte knüpften, wirke sich das positiv aus und steigere auch den Bedarf, so Frau Kratz. Habe eine Kommune Schulen am Ort, bringe das Leben in die Stadt.

Herr Handwerk vermisst, dass in dem Kinder- und Jugendförderplan des Kreises überhaupt keine Perspektiven aufgezeigt werden. Es handele sich lediglich um eine aus verschiedenen Bezugsquellen zusammen geschriebene Ist-Beschreibung ohne Aufzeigen irgendwelcher Perspektiven.

Herr Wilkens fragt nach, ob sich die Fördersätze in dem neuen Kinder- und Jugendförderplan gegenüber den bisher geltenden Richtlinien zur Förderung der Kinder-, Jugend- und Familienarbeit geändert haben. Herr Messing teilt mit, dass ihm keine Kürzungen bekannt seien.

Frau Dirks erklärt, dass die heutigen Beiträge in die Stellungnahme einbezogen würden. Ihr sei aber daran gelegen, dass auch die Schulen berücksichtigt werden. Die Schulen verfügten über Angebote, die über das normale Schulleben hinausgingen.

Frau Mönning fasst abschließend zusammen, dass der Ausschuss den Kinder- und Jugendförderplan des Kreises Coesfeld zur Kenntnis nehme und von der Verwaltung erwarte, dass sie - wie von der Bürgermeisterin angekündigt - eine entsprechende Stellungnahme abgibt.

2. Bericht zum Kindergartenplatzbedarf und zur Kinderbetreuung für das Kindergartenjahr 2008/2009

Frau Dirks führt an, dass die Ergebnisse der IHK-Studie für ziemlich viel Wirbel gesorgt hätten. Sie wolle an dieser Stelle zum Thema „Familienfreundlichkeit“ und „Kindergartenbedarfsplanung“ deutlich feststellen, dass in Billerbeck in den letzten Jahren der richtige Weg beschritten worden sei. Jedes Kind, für das ein Platz nachgefragt worden sei, habe diesen, wenn auch nicht immer in der Wunscheinrichtung, auch bekommen. Deshalb sei dieser Punkt der IHK-Analyse nicht geeignet, Aussagen zur Familienfreundlichkeit zu treffen. Anders sei das bei den Krippenplätzen, hier sei das Angebot nicht sehr groß, wenngleich es einige Plätze in der KiBi gebe. Zurückgeworfen habe die Tatsache, dass solange über das Gesetz für Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) und über das KiBiz (Kinderbildungsgesetz) diskutiert wurde. Nachdem das KiBiz nun in Kraft getreten sei und z. B. das „Haus Kunterbunt“ öffentlich gefördert werde,

habe man einen großen Schritt nach vorne getan.

Herr Melzner erläutert anhand von Folien (Anlagen zu dieser Niederschrift) zunächst die **Kindergartenbedarfsplanung**. Anders als in anderen Gemeinden, die bereits jetzt einen Überhang verzeichneten, konnten in Billerbeck bisher bedarfsgerecht Kindergartenplätze zur Verfügung gestellt werden, wobei aber aufgrund des demografischen Wandels der Bedarf an Kindergartenplätzen in den nächsten Jahren kontinuierlich sinken werde.

Frau Kratz weist bzgl. der künftigen Überhänge darauf hin, dass das Land bereits die Betreuung für zweijährige Kinder plane und die Anzahl der Gruppenstärke auf 20 reduzieren wolle. Dadurch würden die Überhänge kompensiert.

Dann geht Herr Melzner auf die **Kindergartenplatzsituation für das Kindergartenjahr 2008/2009** ein. Er weist darauf hin, dass ein Abgleich zwischen den Kindergärten noch nicht erfolgt sei.

Angesichts dieser Zahlen könnte man sich eigentlich zufrieden zurücklehnen, so Herr Handwerk. Die katastrophale Wirkung des KiBiz werde aber deutlich, wenn man die Anmeldungen für eine 25 Stunden-Betreuung betrachte. Es gebe Eltern, die ihr Kind nur für 25 Stunden anmeldeten, weil sie die höheren Beiträge für 35 oder 45 Stunden nicht tragen können. Wenn ein Kind aber nur 25 Stunden den Kindergarten besuche, könne es viele Angebote, wie z. B. den 6-er-Club nicht wahrnehmen.

Herr Melzner erläutert, dass die Beiträge so gestaltet seien, dass sie für untere Einkommensgruppen, egal wie viele Stunden nachgefragt werden, beitragsfrei seien. Darüber hinaus sei der Unterschied des Beitrages für 25 oder 35 Stunden nur sehr gering. Dadurch wolle der Kreis erreichen, dass nicht aus finanziellen Gründen nur 25 Stunden gebucht werden können.

Frau Kratz merkt an, dass ja überwiegend 35 Stunden gebucht worden seien. Diese Stundenzahl decke den heute üblichen Kindergartenalltag ab. Sie stellt heraus, dass Billerbeck bei den Kindergartenplätzen bedarfsgerecht geplant habe. Vor diesem Hintergrund seien die Veröffentlichungen in der Presse zur IHK-Studie für die Bürger sehr verwirrend gewesen.

Auch wenn nicht alle Kinder in ihrem Wunschkindergarten untergebracht werden können, so Frau Mollenhauer, sei es doch erfreulich, dass alle Kinder einen Platz bekommen könnten und sogar 8 freie Plätze als Puffer übrig blieben, die genutzt werden könnten, wenn sich unter dem Jahr Bedarf ergebe.

Herr Fehmer führt an Herrn Handwerk gerichtet aus, dass seine Aussagen rein spekulativ seien und jeder Grundlage entbehrten. Bisher konnten 25 Stunden überhaupt nicht gebucht werden, entweder konnten die

Kinder für 35 Stunden den Kindergarten nutzen oder sie waren in einer Kindertagesstätte untergebracht. Er halte es für gut, wenn jetzt auch eine Betreuung für 25 Stunden angeboten werde, diese diene den hineinwachsenden Kindern zum Schnuppern. Außerdem seien die Beiträge wie bisher nach Jahreseinkommen gestaffelt, wobei die unteren Einkommensgruppen keine Beiträge zahlen müssten und die Differenz zwischen der 25 Stunden- zu der 35 Stunden-Betreuung lediglich 3,-- € betrage.

Er sei von einer Erzieherin darauf aufmerksam gemacht worden, so Herr Handwerk, dass die 25 Stunden-Betreuung dazu führe, dass Kinder bestimmte Angebote, wie z. B. den 6-er Club nicht mehr wahrnehmen können. Hierzu wolle er eine Aussage der Verwaltung. Vor diesem Hintergrund könne man doch nicht sagen, dass alles in Ordnung sei.

Frau Dirks erwidert, dass es logisch sei, dass in 25 Stunden nicht das gleiche Angebot wahrgenommen werden könne als wenn mehr Stunden gebucht werden. Die Kindergärten würden aber die für die Kinder wichtigen Angebote auf den Vormittag legen, dazu gehöre auch der 6-er Club oder das Sportangebot, so dass auch bei 25 Stunden dieses Angebot wahrgenommen werden könne.

Wenn diese Angebote durch Verlegung auf den Vormittag auch weiterhin bei 25 Stunden Betreuung genutzt werden können, dann nehme er das zur Kenntnis, so Herr Handwerk. Ihm sei es wichtig gewesen, dass diese besonderen Angebote auch bei geringer Betreuungszeit weiterhin genutzt werden können.

Herr Melzner führt dann zur **IHK-Standortanalyse 2007 zum Punkt Familienfreundlichkeit** aus, dass die Analyse verwaltungsseitig methodisch angezweifelt werde. Das Ergebnis bzgl. der Kindergartenplätze sei für Billerbeck irreführend, da die Gemeinde den besten Wert erhalten habe, die die höchste Versorgungsquote aufweise, ohne Rücksicht auf die tatsächliche Nachfrage. Der Spitzenwert liege bei einer Versorgungsquote von 127. Wolle Billerbeck diesen Wert erreichen, wäre die Einrichtung von weiteren 4 Gruppen erforderlich, die dann leer stünden. Wie dargestellt, könne der Platzbedarf an Kindergartenplätzen in Billerbeck voll gedeckt werden. So ein Spitzenplatz sei deshalb für Billerbeck weder erstrebenswert noch wirtschaftlich verantwortbar und bedürfe daher der besonderen Wertung.

Herr Fehmer fragt nach, ob auch die SPD-Fraktion der Meinung sei, dass Billerbeck mit einer 100% Versorgungsquote auf dem richtigen Weg sei oder ob sie der Analyse der IHK zustimme.

Herr Handwerk erklärt, dass es für ihn unverständlich sei, dass die IHK von 127% ausgehe, für ihn seien 100% die Messlatte. Folglich stünde Billerbeck bzgl. der Kindergartenplätze eigentlich auf einem der 1. Plätze.

Herr Fehmer hält es für unseriös, wenn Herr Wieling in einem Leserbrief der CDU-Fraktion vorwerfe, dass sie die IHK-Studie in Bezug auf die Familienfreundlichkeit nicht richtig gelesen habe. Künftig sollte sich die

SPD-Fraktion vor einer solchen Aussage mit den Zahlen intensiver beschäftigten.

Wenn eine Statistik vorgelegt werde, so Frau Mönning, dann gehe sie zunächst von der Seriosität dieser Statistik aus.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht der Verwaltung zum Kindergartenplatzbedarf und zur Kinderbetreuung für das Kindergartenjahr 2008/2009 zur Kenntnis.

3. Mitteilungen

Keine

4. Anfragen

4.1. Nestschaukel für den Spielplatz Am Brunnenbach - Frau Kratz

Frau Kratz erkundigt sich, ob die bei der letzten Spielplatzbereisung zugesagte Nestschaukel auf dem Kinderspielplatz bereits installiert worden sei.

Herr Messing sagt Überprüfung zu.

Frau Kratz bittet darum, auf kurzem Wege die bei der damaligen Spielplatzbereisung anwesenden Eltern zu informieren.

4.2. Ausstellung des Rassegeflügelzuchtvereins in der Ludgeri-Turnhalle - Herr Fehmer

Herr Fehmer führt aus, dass er von einigen Eltern bzgl. der Ausstellung des Rassegeflügelzuchtvereins in der Ludgeri-Turnhalle angesprochen worden sei. Hier habe es wohl einige Irritationen gegeben. Unabhängig davon, dass nach einem anderen Standort für die Ausstellung gesucht werden müsse, fragt er nach, ob die Ausstellung nicht zumindest in die Ferien verlegt werden könne.

Frau Mönning wirft ein, dass sich der Ausschuss bereits im letzten Jahr kritisch über den Ausstellungsort Turnhalle geäußert habe.

Herr Messing berichtet, dass neben der Veterinärbehörde, die bereits mitgeteilt habe, dass keine Bedenken bestünden noch eine Stellungnahme seitens des Gesundheitsamtes eingeholt worden sei. Das Gesundheitsamt führe aus, dass kein Risiko bestehe und habe darauf hingewiesen, dass die Turnhalle nach den Hygienevorschriften mit entsprechenden Reinigungsmitteln gereinigt werden solle.

Für 2008 liege wieder einen Anfrage des Rassegeflügelzuchtvereins zur

Durchführung der Ausstellung in der Turnhalle vor. Zurzeit werde nach Alternativen gesucht, es zeichne sich aber bisher keine Lösung ab. Eine Durchführung der Ausstellung während der Herbstferien sei aufgrund der bis dahin noch nicht abgeschlossenen Mauser der Tiere nicht möglich. Die Tiere seien zu dem Zeitpunkt noch nicht ausstellungsreif. Es werde versucht, die Beeinträchtigungen für die Schule als auch für den Sportverein so gering wie möglich zu halten. Weiter werde dafür gesorgt, dass durch die Mitnutzung der Zweifachturnhalle kein Sportunterricht ausfalle. Im Übrigen habe der Rassegeflügelzuchtverein im letzten Jahr Klassen durch die Ausstellung geführt, diese Kooperation wolle der Verein noch ausbauen.

Herr Tauber stellt fest, dass die Turnhalle als Teil der Schule in erster Linie für die Schule da ist. Es wäre völlig inakzeptabel, wenn die Schule unter der Geflügelschau leiden müsste. Außerdem gehöre es zum guten Ton, dass die Schulen eingebunden werden. In einer Hinsicht zweifle er aber die Stellungnahme des Gesundheitsamtes an. Man könne sicherlich die Turnhalle nach der Ausstellung reinigen; ein Schwingboden sei aber nicht zu den Wänden abgedichtet, so dass sich dort Milben absetzen können. Er plädiere stark dafür, in Kooperation mit den Gewerbebetrieben nach anderen Alternativstandorten zu suchen.

Herr Messing macht deutlich, dass die Turnhalle für die Ausstellung komplett mit Folie ausgelegt und abgedeckt worden sei. Auch die Textilien des Prallschutzes seien zusätzlich mit Folie abgehängt worden.

Die Stellungnahme des Gesundheitsamtes sei beruhigend, so Frau Mollenhauer. Diese wolle sie auch nicht in Zweifel ziehen. Grundsätzlich sei eine Turnhalle aber kein Standort für eine Geflügelschau. Es müsse dringend nach Alternativen gesucht werden. Das habe der Ausschuss auch bereits im letzten Jahr deutlich gemacht.

Gaby Mönning
Ausschussvorsitzende

Birgit Freickmann
Schriftführerin